

Votum von Patrick Blöchliger vom 2. November 2011 zum SD-Postulat gegen Dispensationen vom Schul- und Schwimmunterricht aus "religiösen" Gründen

Frau Präsidentin
Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Immer wieder gibt es Konflikte zwischen den Schulbehörden, die im Interesse der jungen Menschen das Schulobligatorium durchsetzen müssen, und Eltern, die aus irgendwelchen Gründen das Gefühl haben, für ihre Sprösslinge eine Sonderstellung verlangen zu können. Einen besonderen Brennpunkt bildet dabei der obligatorische Schwimmunterricht. Was für uns Einheimische völlig normal ist, stört fanatische Anhänger des Islam, die leider hierzulande wegen der falschen Migrationspolitik immer häufiger anzutreffen sind. Sie stossen sich daran, dass ihre Töchter zusammen mit anderen Jugendlichen eine "Badi" benützen oder ihre Söhne dort Mädchen in Badekleidern oder gar Bikinis sehen. Neben diesen Schwimmbad-Problemen gibt es noch weitere Reibungsflächen. Im Klassenlager oder auf einer Exkursion z.B. könnte die Verpflegung nicht dem entsprechen, was der liebe Gott angeblich verlangt. Da werden dann allerlei "Extrawürste" gefordert, vom Schwimm- bis zum Lagerdispens und eines Tages vielleicht auch bis zum Gebetsteppich im Klassenzimmer. Leider gehen viele Schulbehörden auf solche Sonderwünsche ein. Sobald die Religion ins Spiel gebracht wird, lassen sie sich schachmatt setzen. Zum Glück hat vor einiger Zeit das Bundesgericht klargestellt, dass die Religionsfreiheit kein Freipass zur Umgehung staatsbürgerlicher Pflichten ist. Der obligatorische Schwimmunterricht z.B. kann nicht mit absurden Begründungen umgangen werden, bei denen schleierhaft bleibt, was sie überhaupt mit dem Glauben an Allah oder sonst einen Gott zu tun haben könnten.

In der Stadt Zürich wird allerdings noch heute grosszügig auf solche Forderungen von Zuwanderern aus fremden Kulturkreisen eingegangen. Das ist umso problematischer, als es in unserer Stadt eine Vielzahl ethnischer und religiöser Minderheiten gibt, die alle ihre Sonderwünsche anbringen könnten und es zum Teil auch schon fleissig tun. Schweizer Politiker sprechen viel und gern von "Integration". Diese wird aber wesentlich erschwert, wenn fremde Kulturen und Religionen als Grund zur Umgehung gesetzlicher Pflichten wie z.B. der Schulpflicht akzeptiert werden. Das ist nicht zuletzt auch eine Frage der Rechtsgleichheit. Oder kann ich etwa eine Religionsgemeinschaft gründen, welche den Umgang mit Zahlen strikte verbietet, was dann logischerweise zur Folge hat, dass ich keine Steuern mehr bezahlen darf?

Grundrechte wie die Religionsfreiheit sind eine wichtige Grundlage unseres freiheitlich-demokratischen Staates. Aber auch sie müssen ihre Grenzen haben. Gerade weil sie so bedeutsam sind, muss ihr Missbrauch zu sachfremden Zwecken gestoppt werden. Dazu gehört im konkreten Fall, dass Dispensationen vom Schulunterricht (einschliesslich Schwimmunterricht, Klassen- und Sportlager usw.) nur noch ganz ausnahmsweise gewährt werden, z.B. wenn ein hoher Feiertag nach unserem Kalender auf einen Schultag fällt.

Das Postulat wurde leider mit 89 gegen 27 Stimmen abgelehnt.